

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 38 | 23.09.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 147/2022](#)

Bundesgesetz, mit dem das Unterbringungsgesetz, das Sicherheitspolizeigesetz, das IPR-Gesetz, das Außerstreitgesetz und die Notariatsordnung geändert werden (**Unterbringungsgesetz- und IPR-Gesetz-Novelle 2022** – UbG-IPRG-Nov 2022) (datenschutzrechtliche Klarstellungen; Rechtsgrundlage für Kooperation und Kommunikation zwischen den Akteuren)

[BGBl I 148/2022 \(Anlage A; Anlage B\)](#)

Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die **Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2022/23 bis 2026/27** (Ausbau der elementaren Bildungsangebote für unter Dreijährige; Beibehaltung der derzeit bestehenden einjährigen Besuchspflicht im letzten Jahr vor Beginn der Schulzeit)

[BGBl II 345/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 15. Dezember 2021, dass **§ 6 Abs 7 der Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19** ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II Nr 197/2020, idF BGBl II Nr 207/2020 **gesetzwidrig war**

[BGBl II 346/2022](#)

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (**Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013** – 3. Novelle 2022, GSNE-VO 2013 – 3. Novelle 2022)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 244 v 21.09.2022, 17](#)

Beschluss (**GASP**) 2022/1626 des Rates vom 20. September 2022 zur Änderung des Beschlusses 2013/798/GASP über **restriktive Maßnahmen** gegen die **Zentralafrikanische Republik**

[ABI L 245 v 22.09.2022, 1](#)

Beschluss (EU) 2022/1628 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. September 2022 über die Bereitstellung einer **außerordentlichen Makrofinanzhilfe** für die Ukraine und zur Aufstockung des gemeinsamen Dotierungsfonds durch Garantien der Mitgliedstaaten und durch spezifische Dotierungen für bestimmte gemäß dem Beschluss Nr 466/2014/EU garantierte finanzielle Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ukraine sowie zur Änderung des Beschlusses (EU) 2022/1201

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2022, [V 586/2020](#)

Tir RaumordnungsG; Gesetzwidrigkeit der Verordnung einer Tir Gemeinde betreffend die Aufhebung eines Bebauungsplans; Begriff der "**Änderung**" eines Bebauungsplans iSd Tir RaumordnungsG umfasst auch dessen **ersatzlose Aufhebung**; Einhaltung der Verfahrensbestimmungen (Auflegungs- und Stellungnahmefristen, Verständigung der betroffenen Grundstückseigentümer) auch bei Aufhebung eines Bebauungsplans geboten; **Missachtung der Verfahrensbestimmungen** stellt wesentlichen Mangel des Verfahrens zur Erlassung der Verordnung dar

13.06.2022, [V 124/2021 ua](#)

Bgld KanalabgabenG; **Gesetzwidrigkeit** einer rückwirkend inkraftgetretenen Verordnung einer bgld Gemeinde über die Ausschreibung einer Kanalbenutzungsgebühr **mangels gesetzlicher Grundlage**; Gesetzwidrigkeit der – vor Ablauf der Kundmachungsfrist – rückwirkend inkraftgetretenen vorangegangenen Verordnung

13.06.2022, [V 259/2021](#)

Oö StraßenG; Aufhebung von Wortfolgen einer Verordnung der Landeshauptstadt Linz betreffend die **Erklärung von Grundflächen zu einer Gemeindestraße** und deren **Widmung für den Gemeingebrauch** mangels ausdrücklicher Ausweisung des Aufschließungszwecks in der Verordnung; Gesetzwidrigkeit mangels Feststellung, dass die Straße vorwiegend der Aufschließung der an dieser Verkehrsfläche liegenden Grundstücke dient

13.06.2022, [E 1739/2021 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit den aktuellen und verfügbaren Länderinformationen insbesondere zur Sicherheitslage sowie zur Situation von Frauen bzw Kindern in der Herkunftsregion sowie mit der COVID-19-Situation im Hinblick auf die Erkrankungen eines Bf

13.06.2022, [E 3472/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **Asylberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Somalia; mangelhafte Begründung der Unglaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens

14.06.2022, [E 3641/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in der Herkunftsprovinz

14.06.2022, [E 4332/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend einen Staatsangehörigen von Somalia; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich aus den Länderberichten ergebenden Sicherheits- und Versorgungslage im Herkunftsstaat sowie der innerstaatlichen Fluchtalternative

14.06.2022, [E 761/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen staatenlosen palästinensischen Flüchtling; Abweichung und mangelnde Auseinandersetzung mit der Position des UNHCR für den Gazastreifen und einer Anfragebeantwortung der Staatendokumentation

14.06.2022, [E 851/2022](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** im fortgesetzten Verfahren betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; neuerlich mangelhafte Auseinandersetzung mit der sicheren Erreichbarkeit der Herkunftsregion angesichts des sich aus den Länderinformationen ergebenden Risikoprofils des sunnitischen Arabers

23.06.2022, [A 84/2020](#)

Finanz-Verfassungsg; Stattgabe einer Klage der Stadt Klagenfurt gegen das Land Kärnten auf **Zahlung von Zweckzuschüssen** für die Tagesbetreuung ganztägiger Pflichtschulen in einem Zwischenurteil; Fördermittel für jede Betreuungsgruppe einer ganztägigen Schulform sind Zweckzuschüsse iSd § 3 iVm §§ 12 und 13 Finanz-Verfassungsg; Anspruch auf Zweckzuschüssen aus Landesmitteln, wenn die Kosten je Betreuungsgruppe den Zweckzuschuss aus Bundesmitteln überschreiten; **Rückzahlung von** – überhöht eingehobenen – **Elternbeiträgen**, sofern die Summe der Zweckzuschüsse und Elternbeiträge die Kosten übersteigen

23.06.2022, [A 85/2020](#)

Finanz-Verfassungsg; Stattgabe einer Klage der Stadt Klagenfurt gegen das Land Kärnten auf **Zahlung von Zweckzuschüssen** für die Tagesbetreuung ganztägiger Pflichtschulen in einem Zwischenurteil; Zahlungen von **Zweckzuschüssen an gesetzliche Schulerhalter** – wie Städte mit eigenem Statut – sind dem öffentlichen Recht zuzuordnen; **Fördermittel** für jede Betreuungsgruppe einer ganztägigen Schulform sind Zweckzuschüsse iSd § 3 iVm §§ 12 und 13 Finanz-Verfassungsg; Ermittlung der Zweckzuschüsse des Bundes und des Landes zur Deckung der vom Schulerhalter zu tragenden Kosten; **Rückzahlung von** – überhöht eingehobenen – **Elternbeiträgen** im Zivilrechtsweg, sofern die Summe der Zweckzuschüsse und Elternbeiträge die Kosten übersteigen

29.06.2022, [E 36/2022](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung** unterworfen zu werden durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; extrem volatile Sicherheitslage auf Grund aktueller Länderinformationen des EASO vom Dezember 2021 weiterhin gegeben; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Sicherheits- und Versorgungslage

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

01.09.2022, [Ro 2021/09/0002](#)

Ausländerbeschäftigungsg; keine Voraussetzung für die Erteilung einer **Rot-Weiß-Rot-Karte** für eine **Schlüsselarbeitskraft** ist ein bereits laufender Geschäftsbetrieb eines Arbeitgebers; Erteilung der Rot-Weiß-Rot-Karte könnte unter diesem Aspekt nur dann versagt werden, wenn Arbeitsplatz tatsächlich nicht oder nicht auf die angegebene Art und Weise besetzt werden soll; Behörde (bzw VwG) sind an das angegebene Anforderungsprofil hinsichtlich des zu besetzenden Arbeitsplatzes und der konkreten Tätigkeiten gebunden

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Stmk 25.05.2022, [LVwG 47.5-1553/2022](#)

Stmk Sozialunterstützungsg; durch einen **Wohnsitzwechsel** innerhalb der Steiermark fallen die Voraussetzungen für die **Gewährung von Leistungen der Sozialunterstützung** nicht grds weg, sondern es ändert sich lediglich die örtliche Zuständigkeit der Behörde für eine Leistungszuerkennung; Anspruch auf bereits mit rechtskräftigem Bescheid zuerkannte

Leistungen kann bei weiterem Vorliegen der persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nicht schon allein durch eine Wohnsitzänderung innerhalb des Landesgebiets wegfallen, sondern ist ein gegebenenfalls geänderter Wohnbedarf gemäß § 16 Abs 9 zweiter Satz Stmk Sozialunterstützungsg anzuwenden bzw ein daraus entstandener zu Unrecht in Anspruch genommener Leistungsanteil gemäß § 17 Abs 2 leg cit rückzuerstatten

LVwG Vbg 30.08.2022, [LVwG-318-93/2021-R6](#)

Vbg RaumplanungsG; sind in einem Areal derzeit keine Betriebe angesiedelt und ist dies auch in zeitlicher Hinsicht nicht absehbar, handelt es sich bei dort **geplanten Schulen bzw Kinderbetreuungseinrichtungen** nicht um Einrichtungen, die der Versorgung und den sozialen Bedürfnissen der in solchen Gebieten arbeitenden Bevölkerung dienen iSd § 14 Abs 5 zweiter Satz Vbg RaumplanungsG

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[20.09.2022, verb Rs C-793/19 u C-794/19, SpaceNet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verarbeitung personenbezogener Daten** im Bereich der **elektronischen Kommunikation** – Vertraulichkeit der Kommunikation – Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste – Allgemeine und unterschiedslose **Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten** – Richtlinie 2002/58/EG – Art 15 Abs 1 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 6, 7, 8 und 11 sowie Art 52 Abs 1 – Art 4 Abs 2 EUV

[20.09.2022, verb Rs C-339/20 u C-397/20, VD](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen – Marktmissbrauch – **Insidergeschäfte** – Richtlinie 2003/6/EG – Art 12 Abs 2 Buchst a und d – Verordnung (EU) Nr 596/2014 – Art 23 Abs 2 Buchst g und h – **Aufsichts- und Ermittlungsbefugnisse der Finanzaufsichtsbehörde** (Autorité des marchés financiers, AMF) – Im Allgemeininteresse liegendes Ziel des Schutzes der Integrität der Finanzmärkte in der Europäischen Union und des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Finanzinstrumente – Möglichkeit der AMF, **Datenverkehrsaufzeichnungen** im Besitz eines Anbieters von Diensten der elektronischen Kommunikation anzufordern – Verarbeitung personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation – Richtlinie 2002/58/EG – Art 15 Abs 1 – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8, 11 und 52 Abs 1 – Vertraulichkeit der Kommunikation – Einschränkungen – Regelung, die die allgemeine und unterschiedslose Speicherung der Verkehrsdaten durch die Anbieter von Diensten der elektronischen Kommunikation vorsieht – Möglichkeit eines nationalen Gerichts, eine Entscheidung, mit der die Unionsrechtswidrigkeit innerstaatlicher Rechtsvorschriften festgestellt wird, in ihren zeitlichen Wirkungen zu beschränken – Ausschluss

[22.09.2022, verb Rs C-475/20 bis C-482, Admiral Gaming Network](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Beschränkungen – **Glücksspiel – Konzessionen** für den Betrieb von Spielen an Spielautomaten – **Nationale Regelung**, die den Konzessionären eine **Abgabe** auferlegt – Grundsatz des Vertrauensschutzes

[22.09.2022, verb Rs C-518/20 u C-727/20, Fraport](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Schutz der **Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer** – **Arbeitszeitgestaltung** – Art 31 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 Abs 1 – Anspruch auf **bezahlten Jahresurlaub** – Volle Erwerbsminderung oder Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer Krankheit, die während eines Bezugszeitraums aufgetreten ist – Nationale Regelung, nach der Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums verfallen – Obliegenheit des Arbeitgebers, den Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, seinen Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub auszuüben

[22.09.2022, Rs C-538/20, W \(Déductibilité des pertes définitives d'un établissement stable non-résident\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Art 49 und 54 AEUV – Abzug von endgültigen Verlusten einer in einem Mitgliedstaat belegenen **Betriebsstätte** – Mitgliedstaat, der aufgrund eines **Doppelbesteuerungsabkommens** auf seine Besteuerungsbefugnis verzichtet hat – **Vergleichbarkeit der Situationen**

[22.09.2022, Rs C-120/21, LB \(Prescription du droit au congé annuel payé\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Schutz der **Sicherheit und der Gesundheit** der **Arbeitnehmer** – **Arbeitszeitgestaltung** – Art 31 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – Anspruch auf bezahlten **Jahresurlaub** – Finanzielle Vergütung für nicht genommenen Urlaub nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Dreijährige Verjährungsfrist – Beginn – Angemessene Unterrichtung des Arbeitnehmers

[22.09.2022, Rs C-159/21, Országos Idegenrendészeti Főigazgatóság ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich **Asyl und Einwanderung** – Richtlinie 2011/95/EU – Normen für die **Zuerkennung** der **Flüchtlingseigenschaft** oder des **subsidiären Schutzstatus** – Aberkennung des Status – Richtlinie 2013/32/EU – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit – Stellungnahme einer Fachbehörde – Akteneinsicht

[22.09.2022, Rs C-215/21, Servicios prescriptor y medios de pagos EFC](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Missbräuchliche Klauseln** in **Verbraucherverträgen** – Vertrag über einen revolvingenden Kredit – Missbräuchlichkeit der Klausel über den Kreditzinssatz – **Klage** eines Verbrauchers auf Feststellung der Nichtigkeit dieses Vertrags – Außergerichtliche Erfüllung der Forderungen dieses Verbrauchers – Kosten, die dem Verbraucher entstanden sind und die er tragen muss – **Effektivitätsgrundsatz** – Nationale Regelung, die geeignet ist, den Verbraucher von der Ausübung der durch die Richtlinie 93/13/EWG gewährten Rechte abzuhalten

[22.09.2022, verb Rs C-245/21 u C-248/21, Bundesrepublik Deutschland \(Suspension administrative de la décision de transfert\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Bestimmung des für die Prüfung eines Antrags **auf internationalen Schutz** zuständigen Mitgliedstaats – Art 27 und 29 – Überstellung der betroffenen Person an den für die Prüfung ihres Antrags zuständigen Mitgliedstaat – Aussetzung der **Überstellung** aufgrund der Covid-19-Pandemie – Unmöglichkeit, die Überstellung durchzuführen – Gerichtlicher Rechtsschutz – Auswirkungen auf die **Überstellungsfrist**

[22.09.2022, Rs C-330/21, The Escape Center](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 98 – Befugnis der Mitgliedstaaten, auf bestimmte Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen einen **ermäßigten Steuersatz** anzuwenden – Anhang III Nr 14 – Begriff ‚Überlassung von **Sportanlagen**‘ – Sportstudios – Einzel- oder Gruppenanleitung

[22.09.2022, Rs C-335/21, Vicente \(Action en paiement d'honoraires d'avocat\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Richtlinie 93/13/EWG – **Unlautere Geschäftspraktiken** gegenüber Verbrauchern – **Effektivitätsgrundsatz** – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Summarisches Verfahren zur Vollstreckung von Anwalts honoraren – Etwaige Missbräuchlichkeit von Klauseln in einer Honorarvereinbarung – Nationale Regelung, die keine Möglichkeit der gerichtlichen Kontrolle vorsieht – Art 4 Abs 2 – Reichweite der Ausnahme – Richtlinie 2005/29/EG – Art 7 – **Irreführende Geschäftspraxis** – Vertrag zwischen einem Rechtsanwalt und seinem Mandanten, der es dem Mandanten unter Androhung einer finanziellen Sanktion untersagt, seine Klage ohne Wissen oder gegen den Rat des Rechtsanwalts zurückzunehmen

[22.09.2022, Rs C-497/21, Bundesrepublik Deutschland \(Demande d'asile rejetée par le Danemark\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Grenzkontrollen**, Asyl und Einwanderung – Asylpolitik – Richtlinie 2013/32/EU – **Gemeinsame Verfahren** für die Zuerkennung und Aberkennung des **internationalen Schutzes** – Antrag auf internationalen Schutz – Unzulässigkeitsgründe – Art 2 Buchst q – Begriff ‚**Folgeantrag**‘ – Art 33 Abs 2 Buchst d – Durch einen Mitgliedstaat erfolgende Ablehnung eines Antrags auf internationalen Schutz als unzulässig wegen der Ablehnung eines früheren Antrags, den der Betroffene im Königreich Dänemark gestellt hat – Bestandskräftige Entscheidung des Königreichs Dänemark

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.09.2022, Rs C-252/21, Meta Platforms ua \(Conditions générales d'utilisation d'un réseau social\) \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) 2016/679 – Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – **Soziale Netzwerke** – Art 4 Nr 11 – Begriff ‚**Einwilligung**‘ der betroffenen Person – Einwilligung, die einem für die Verarbeitung verantwortlichen Unternehmen in beherrschender Stellung erteilt wurde – Art 6 Abs 1 Buchst b bis f – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Verarbeitung, die für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist – Verarbeitung, die zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, der der Verantwortliche unterliegt, zum Schutz lebenswichtiger Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person oder für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde – Art 9 Abs 1 und Art 9 Abs 2 Buchst e – Besondere Kategorien personenbezogener Daten – Personenbezogene Daten, die die betroffene Person offensichtlich öffentlich gemacht hat – Art 51 bis 66 – Zuständigkeiten der nationalen Wettbewerbsbehörde – Verhältnis zu den Zuständigkeiten der Kontrollstellen für den Schutz personenbezogener Daten – Wettbewerbsrechtliche Maßnahmen, die von einer Behörde mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem der federführenden Datenschutzaufsichtsbehörde ergriffen werden

[22.09.2022, Rs C-34/21, Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – **Datenverarbeitung im Beschäftigtenkontext** – Art 88 Abs 1 – Spezifischere Vorschrift – Voraussetzungen von Art 88 Abs 2 – Regionales Schulsystem – **Livestream-Unterricht per Videokonferenz** – Fehlende ausdrückliche **Einwilligung** der Lehrkräfte

[22.09.2022, Rs C-290/21, AKM \(Fourniture de bouquets satellitaires en Autriche\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Urheberrecht und verwandte Schutzrechte – Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung – Richtlinie 93/83/EWG – Art 1 Abs 2 – **Satellitenbouquet-Anbieter** – Verbreitung von Programmen in einem anderen Mitgliedstaat – Ort der Verwertungshandlung – Entgeltliche Bereitstellung von **Pay- und Free-TV-Programmen** in High Definition – Verfügbarkeit dieser Programme in Standard Definition im Empfangsstaat auch über Satellit

[22.09.2022, Rs C-312/21, Tráficos Manuel Ferrer \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Wettbewerb – **Kartellrecht** – Private Durchsetzung – ‚**Lkw-Kartell**‘ – Art 101 AEUV – Effektivitätsgrundsatz – Richtlinie 2014/104/EU – Nationale Vorschriften über die Teilung der Verfahrenskosten – Informationsasymmetrien – Unmöglichkeit oder unzumutbare **Schwierigkeiten** bei der **Schadensbeziehung** – Schätzung der Schadenshöhe

[22.09.2022, Rs C-375/21, Sdruzhenie „Za Zemyata – dostap do pravosadie“ ua \(GA Medina\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2010/75/EU – **Industrieemissionen** – Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung – Festlegung weniger strenger **Emissionsgrenzwerte** – Beachtung von **Umweltqualitätsnormen** – Verpflichtungen der zuständigen Behörde – Richtlinie 2008/50/EG – Qualität der Umgebungsluft – Luftqualitätsgrenzwerte zum Schutz der menschlichen Gesundheit – Überschreitung – Luftqualitätsplan

[22.09.2022, Rs C-395/21, DV \(Honoraires d'avocat – Principe du tarif horaire\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Missbräuchliche Klauseln** in **Verbraucherverträgen** – Richtlinie 93/13/EWG – Vertragsklausel, die die Vergütung für die Erbringung **juristischer Dienstleistungen** mittels eines **Stundensatzes** festlegt

[22.09.2022, Rs C-613/21 P, Parlament/ Carbaio Ferrero \(GA Medina\)](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – **Bewerbungsverfahren** für eine Stelle als **Direktor** – Stellenausschreibung – Ablehnung der Bewerbung und Ernennung eines anderen Bewerbers – **Unregelmäßigkeiten beim Einstellungsverfahren** – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Transparenz – Gleichbehandlung – Ablehnung der Bewerbung – Klage auf Aufhebung und Schadensersatz

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

14.09.2022, Beschwerde Nr [24384/19](#) ua, *HF ua/Frankreich GC*

Verletzung von Art 3 EMRK 4. ZP (Verbot der Ausweisung eigener Staatsangehöriger), Fehlende Überprüfung mit Garantien gegen Willkür für die Verweigerung der Rückführung von Staatsangehörigen, die nach dem Fall des „Islamischen Staates“, dem sie sich angeschlossen hatten, mit ihren Kindern in von Kurden betriebenen Lagern festgehalten wurden, kein allgemeines Recht auf Rückführung, Positive Verfahrenspflichten, unverzügliche Prüfung von Rückführungsanträgen mit angemessenen Schutzmaßnahmen gegen Willkür

15.09.2022, Beschwerde Nr [8257/13](#), *Rabczewska/Polen*

Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung), keine ausreichenden Gründe für die Verurteilung und die Geldstrafe des Bf wegen Verletzung religiöser Gefühle anderer durch öffentliche Beleidigung der Bibel, Äußerungen, die keine Hassrede oder Beleidigung darstellen und die öffentliche Ordnung nicht bedrohen, Überschreitung eines weiten Beurteilungsspielraums

20.09.2022, Beschwerde Nr [57195/17](#), *McCann und Healy/Portugal*

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), medienwirksame Ermittlung gegen Bf durch Polizei, Medienfall wurde vor Zugang der Öffentlichkeit zu den Ermittlungen und der Veröffentlichung des Buches ausführlich diskutiert, keine ernsthaften Auswirkungen der Behauptungen des Polizisten, Abweisung der Zivilklage

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.